Niederschrift

über die 13. Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 5. Mai 2023 in Runkel-Steeden

Anwesend waren

I. Die Kreistagsabgeordneten

Veyhelmann, Joachim (CDU)	Kreistagsvorsitzender
Dumeier, Jürgen (B90 / DIE GRÜNEN)	stellv. Kreistagsvorsitzender
Würz, Gerhard (FW)	stellv. Kreistagsvorsitzender
Zips, Christine (CDU)	stellv. Kreistagsvorsitzende
Angermaier, Frederik (CDU)	Kreistagsabgeordneter
Bleul, Valentin (FW)	Kreistagsabgeordneter, bis 11:29 Uhr
Böcher, Manuel (CDU)	Kreistagsabgeordneter
Bokler, Alicia (SPD)	Kreistagsabgeordnete
Cinar, Tarik (CDU)	Kreistagsabgeordneter
Deißenroth, Martina (CDU)	Kreistagsabgeordnete
Deuster, Heinz-Jürgen (B90 / DIE GRÜNEN)	Kreistagsabgeordneter
Droßard-Gintner, Ingeborg (CDU)	Kreistagsabgeordnete
Eber, Hans-Günter (AfD)	Kreistagsabgeordneter
Eckert, Tobias (SPD)	Kreistagsabgeordneter
Ehtemai, Meysam (AfD)	Kreistagsabgeordneter
Erk, Viola (B90 / DIE GRÜNEN)	Kreistagsabgeordnete
Eufinger, Jürgen (SPD)	Kreistagsabgeordneter
Finger, Ulrich (SPD)	Kreistagsabgeordneter
Föh-Harshman, Anke (B90 / DIE GRÜNEN)	Kreistagsabgeordnete
Fries, Alexander (fraktionslos)	Kreistagsabgeordneter
Geis, Birgitte (B90 / DIE GRÜNEN)	Kreistagsabgeordnete
Grän, Tobias (CDU)	Kreistagsabgeordneter
Hamm, Willi (CDU)	Kreistagsabgeordneter
Dr. Hanisch, Johannes (CDU)	Kreistagsabgeordneter
Hartmann, Bärbel (B90 / DIE GRÜNEN)	Kreistagsabgeordnete
Häuser-Eltgen, Sabine (B90 / DIE GRÜNEN)	Kreistagsabgeordnete
Heep, Regina (SPD)	Kreistagsabgeordnete
Hofmeister, Andreas (CDU)	Kreistagsabgeordneter
Höfner, Andreas (CDU)	Kreistagsabgeordneter, bis 12:22 Uhr
Hoppe, Kornelia (FDP)	Kreistagsabgeordnete
Horn, Melanie (SPD)	Kreistagsabgeordnete
Horz, Georg (FW)	Kreistagsabgeordneter
Jung, Oliver (SPD)	Kreistagsabgeordneter
Kavai, Marie-Christine (SPD)	Kreistagsabgeordnete
Kolmann, Julia (AfD)	Kreistagsabgeordnete
Koschel, Mario (CDU)	Kreistagsabgeordneter
Kreis, Renate (SPD)	Kreistagsabgeordnete
Kress, Tobias (FDP)	Kreistagsabgeordneter
Langer, Dieter (B90 / DIE GRÜNEN)	Kreistagsabgeordneter
Lippe, Jutta (B90 / DIE GRÜNEN)	Kreistagsabgeordnete
Maurer, Egon (AfD)	Kreistagsabgeordneter
Müller, Sandra (CDU)	Kreistagsabgeordnete
Muth, Andreas (SPD)	Kreistagsabgeordneter
Nattermann, Ulla (SPD)	Kreistagsabgeordnete
Nießler, Karl (CDU)	Kreistagsabgeordneter
Pabst, André (DIE LINKE)	Kreistagsabgeordneter
Radkovsky, Christian (SPD)	Kreistagsabgeordneter
Radu, Mathias (FW)	Kreistagsabgeordneter
Rompf, Peter (SPD)	Kreistagsabgeordneter
Rühl, Daniel (CDU)	Kreistagsabgeordneter, ab 09:45 Uhr
Ruoff, Michael (CDU)	Kreistagsabgeordneter
Schardt-Sauer, Marion (FDP)	Kreistagsabgeordnete
Dr. Schmidt, Frank (SPD)	Kreistagsabgeordneter
Schneider, Elisabeth (CDU)	Kreistagsabgeordnete

Scholz, Thomas (CDU)	Kreistagsabgeordneter
ten Elsen, Mary (CDU)	Kreistagsabgeordnete
Trottmann, Peter (CDU)	Kreistagsabgeordneter
Uhl, Michael (SPD)	Kreistagsabgeordneter
Dr. Valeske, Klaus (FDP)	Kreistagsabgeordneter
Weil, Rüdiger (SPD)	Kreistagsabgeordneter
Wendel, Christian (CDU)	Kreistagsabgeordneter
Weyrich, Kerstin (B90 / DIE GRÜNEN)	Kreistagsabgeordnete
Dr. Zabel, Norbert (CDU)	Kreistagsabgeordneter, bis 11:24 Uhr

II. Die Mitglieder des Kreisausschusses

Köberle, Michael	Landrat
Sauer, Jörg	Erster Kreisbeigeordneter
Bender, Friedhelm (SPD)	Kreisbeigeordneter
Erk, Wolfgang (SPD)	Kreisbeigeordneter
Fehr, Elke-Lore (CDU)	Kreisbeigeordnete
Franz-Scheuren, André (B90 / DIE GRÜNEN)	Kreisbeigeordneter
Keller, Ruprecht (CDU)	Kreisbeigeordneter
Labib, Mikael (AfD)	Kreisbeigeordneter
Lippe, Wolfgang (B90 / DIE GRÜNEN)	Kreisbeigeordneter
Müller, Armin (FDP)	Kreisbeigeordneter
Reifenberg, Doris (SPD)	Kreisbeigeordnete
Sabel, Markus (FW)	Kreisbeigeordneter
Werner, Thomas (CDU)	Kreisbeigeordneter

III. Es fehlten entschuldigt

Scheu-Menzer, Silvia (SPD)	stellv. Kreistagsvorsitzende
Balmert, Lisa Marie (CDU)	Kreistagsabgeordnete
Bruchmeier, Hans Werner (FDP)	Kreistagsabgeordneter
Fritz, Albrecht (FW)	Kreistagsabgeordneter
Hölz, Burkhard (CDU)	Kreistagsabgeordneter
Lampe-Bullmann, Claudia (FW)	Kreistagsabgeordnete
Steioff, Bernd (DIE LINKE)	Kreistagsabgeordneter
Stillger, Markus (CDU)	Kreistagsabgeordneter
Claudi, Irmgard (CDU)	Kreisbeigeordnete
Marschall von Bieberstein, Ulrich (CDU)	Kreisbeigeordneter

IV. Von der Verwaltung waren anwesend

Herr Thorsten Roth, Leiter des Referats Büro Landrat
Herr Florian Stupinsky, Büro des Ersten Kreisbeigeordneten
Frau Martina Donnert, Büro des Ersten Kreisbeigeordneten
Frau Ulrike Lutterbey, Leiterin des Referats für Rechtsangelegenheiten
Frau Daniela Holz, Leiterin des Personalamtes
Herr Michael Sauerwein, Leiter des Sozialamts
Frau Melanie Eriksson, stellv. Leiterin des Amtes für Jugend, Schule und Familie
Herr Wolfgang Streb, Amt für Jugend, Schule und Familie
Herr Ralf Günther, Leiter des Fachbereichs Kämmerei
Herr Markus Drossel, Amt für Finanzen und Organisation
Herr Jan Kieserg, Pressesprecher, Referat Büro Landrat
Herr Thorsten Leber, Schriftführer, Referat Büro Landrat
Frau Dana Meister, stellv. Schriftführerin, Referat Büro Landrat

V. Beginn der Sitzung: 09:07 Uhr
Ende der Sitzung: 12:29 Uhr

Hinweis:
Sofern die Anzahl der abgegebenen Stimmen bei Abstimmungen nicht mit der Anzahl der als anwesend aufgeführten Kreistagsabgeordneten übereinstimmt, bedeutet dies, dass ein oder mehrere Kreistagsabgeordnete entweder noch nicht anwesend oder bereits abwesend waren (wird auch innerhalb der Niederschrift vermerkt) oder nicht an der jeweiligen Abstimmung teilgenommen haben bzw. keine Stimme abgegeben haben. Dadurch verringert sich die Anzahl der abgegebenen Stimmen im Vergleich zu den als anwesend aufgeführten Personen dementsprechend.

Lfd. Nr.	Tagesordnungspunkte	Vorlagennr.
1.	Geschäftliches	
2.	Berichte und Mitteilungen des Kreisausschusses	
3.	Kenntnisnahme: Bericht zum Frauenförder- und Gleichstellungsplan -Vorlage des Kreisausschusses -	(VL-81/2023)
4.	Beschlussfassung: Neufassung des § 5 der Geschäftsordnung für den Kreistag und die Ausschüsse des Landkreises Limburg-Weilburg -Vorlage des Kreisausschusses -	(VL-109/2023)
5.	Beschlussfassung: Aufhebung des § 6 der Aufwandsentschädigungssatzung des Landkreises Limburg-Weilburg -Vorlage des Kreisausschusses -	(VL-110/2023)
6.	Kenntnisnahme: Aufstellung von E-Ladesäulen auf kreiseigenen Stellplätzen - Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN -	(AT-9/2023)
7.	Kenntnisnahme: Verlängerung des Radweges entlang der Kreisstraße K 498 von Ahlbach bis zur Kreisstraße 459 Hadamar nach Niederweyer - Antrag der Fraktion FW -	(AT-3/2023)
8.	Beschlussfassung: Stärkung der dualen Ausbildung im Landkreis Limburg-Weilburg - gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD -	(AT-14/2023)
9.	Beschlussfassung: Förderprogramm „Car-Sharing im Dorf“ - Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN -	(AT-10/2023)
10.	Beschlussfassung: Bericht zur Arbeit des Arbeitskreises „Gewalt in der Familie“ - Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN -	(AT-11/2023)
11.	Abgelehnt: Ganztagesbetreuung an der Grundschule Hausen sicherstellen - Antrag der Gruppierung DIE LINKE -	(AT-19/2023)
12.	Beschlussfassung: Sachstand Verbundschule Selters/Brechen - gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD -	
12.1	Verbundschule Selters und Brechen - Antrag der Fraktion FW -	(AT-18/2023)
12.2	Sachstand Fusion der Schule im Emsbachtal mit der Mittelpunktschule Goldener Grund - Antrag der Fraktion FDP -	(AT-17/2023)
13.	Abgelehnt: Förderung der Kindergesundheit durch kostenfreie Verpflegung (Mittagessen) für bedürftige Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen - Antrag der Fraktion FDP -	(AT-15/2023)
14.	Beschlussfassung: Aktives Management der Wolfspopulation - Antrag der Fraktion FDP - - gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD -	(AT-16/2023)
15.	Abgelehnt: Infoabende zur Aufnahme von Flüchtlingen in Kommunen des Landkreises - Antrag der Fraktion AfD -	(AT-12/2023)

16. Abgelehnt: Beauftragung einer Untersuchung zur Fusion der Kreissparkassen Limburg und Weilburg (AT-13/2023)
- Antrag der Fraktion AfD -

17. Abgelehnt: Überprüfung des Containerstandortes Hadamar-Oberweyer und weitere Überlegungen zur menschlicheren Unterbringung im ehemaligen musischen Internat in Hadamar oder einem anderen besser geeigneten Standort innerhalb von Hadamar (AT-20/2023)
- Antrag der Gruppierung DIE LINKE -

18. Beantwortung: Anfrage zur Geburten- Zuzugsentwicklung im Kreis und den daraus resultierenden Anforderungen für die Entwicklung der Grundschulen (AF-11/2023)
- Anfrage der Fraktion B90/DIE GRÜNEN -

19. Beantwortung: Unterbringung von Flüchtlingen (AF-10/2023)
- Anfrage der Fraktion FDP -

---

1. Geschäftliches

Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann begrüßt die Anwesenden, eröffnet die 13. Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg und stellt die fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend gratuliert er im Namen des Kreistages nachträglich Herrn Uhl zu seinem 65. Geburtstag sowie Herrn Ersten Kreisbeigeordneten Sauer zu seinem 60. Geburtstag.

Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann erklärt, dass die Mitglieder des Kreistags sich bei längerem Verlassen des Sitzungsraums beim Kreistagsvorsitzenden oder den jeweiligen Fraktions-/Gruppierungsvorsitzenden abzumelden haben. Gleichzeitig haben diese dem Kreistagsvorsitzenden mitzuteilen, wenn sich während der Sitzung eine Änderung bei der Anwesenheit der Fraktionsmitglieder-/Gruppierungsmitglieder ergeben hat.
Außerdem erinnert er nochmal an § 28 Abs. 8 der Geschäftsordnung, wonach Abstimmungsergebnisse nur sofort nach der Abstimmung beanstandet werden können, sofern dies begründet ist. In dem Fall werde die Abstimmung wiederholt.

Die 14. Sitzung des Kreistages ist geplant für Freitag, 7. Juli 2023, um 9.00 Uhr in der König-Konrad-Halle in Villmar.
Die Niederschrift der Sitzung vom 24. Februar 2023 wurde am 20. März 2023 veröffentlicht. Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor.

Für den Ablauf der heutigen Sitzung macht der Ältestenausschuss dem Kreistag folgende Verfahrensvorschläge:
TOP 3 (Bericht zum Frauenförder- und Gleichstellungsplan) wird vom Kreistag zur Kenntnis genommen.
TOP 4 (Neufassung des § 5 der Geschäftsordnung für den Kreistag und die Ausschüsse des Landkreises Limburg-Weilburg) wurde vorab in den Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschuss verwiesen. Hierzu berichtet Herr Dr. Schmidt als Ausschussvorsitzender und gibt die Beschlussempfehlung bekannt. Anschließend wird ohne Aussprache abgestimmt.

TOP 5 (Aufhebung des § 6 der Aufwandsentschädigungssatzung des Landkreises Limburg-Weilburg) wurde vorab in den Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschuss verwiesen. Hierzu berichtet Herr Dr. Schmidt als Ausschussvorsitzender und gibt die Beschlussempfehlung bekannt. Anschließend wird ohne Aussprache abgestimmt.

TOP 6 (Aufstellung von E-Ladesäulen auf kreiseigenen Stellplätzen – Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN) wurde vorab in den Ausschuss für Raumordnung, Wirtschaft, Bau und Verkehr verwiesen (dort stand ohnehin ein Bericht zum gleichen Thema an). Hierzu berichtet Herr Trottmann als Ausschussvorsitzender. Der Bericht wird vom Kreistag nach einer Aussprache von 3 Minuten zur Kenntnis genommen.

TOP 7 (Verlängerung des Radweges entlang der K 498 von Ahlbach bis zur Kreisstraße 459 Hadamar nach Niederweyer – Antrag der Fraktion FW) wurde zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung in den Ausschuss für Raumordnung, Wirtschaft, Bau und Verkehr verwiesen. Hierzu berichtet Herr Trottmann als Ausschussvorsitzender. Der Bericht wird vom Kreistag zur Kenntnis genommen.

TOP 8 (Stärkung der dualen Ausbildung im Landkreis Limburg-Weilburg – gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD) wird zunächst begründet. Anschließend wird ohne Aussprache über den Antrag abgestimmt.

TOP 9 (Förderprogramm „Car-Sharing im Dorf“ – Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN) wird zunächst begründet. Anschließend wird ohne Aussprache über den Antrag abgestimmt.

TOP 10 (Bericht zur Arbeit des Arbeitskreises „Gewalt in der Familie“ – Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN) wird zunächst begründet. Anschließend wird ohne Aussprache über den Antrag abgestimmt.

TOP 11 (Ganztagesbetreuung an der Grundschule Hausen sicherstellen – gemeinsamer Antrag der Fraktion FW und der Gruppierung DIE LINKE) wird zunächst begründet. Anschließend wird nach einer Aussprache von 3 Minuten über den Antrag abgestimmt.

Zum TOP 12 (Sachstand Verbundschule Selters/Brechen) gibt es zwei Anträge der Fraktionen FW (TOP 12.1) und der Fraktion FDP (TOP 12.2). Zudem wurde hierzu ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD eingereicht. Zunächst werden beide Hauptanträge begründet, danach der Änderungsantrag. Anschließend wird nach einer Aussprache von insgesamt 3 Minuten zunächst über den Änderungsantrag, ggf. dann noch über die zwei Hauptanträge getrennt abgestimmt.

TOP 13 (Förderung der Kindergesundheit durch kostenfreie Verpflegung (Mittagessen) für bedürftige Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen – Antrag der Fraktion FDP) wird zunächst begründet. Anschließend wird nach einer Aussprache von 3 Minuten über den Antrag abgestimmt.

TOP 14 (Aktives Management der Wolfspopulation – Antrag der Fraktion FDP) wird zunächst begründet. Danach wird der hierzu eingereichte gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD begründet. Anschließend wird nach einer Aussprache von 3 Minuten zunächst über den Änderungsantrag, ggf. dann noch über den Hauptantrag abgestimmt.

TOP 15 (Infoabende zur Aufnahme von Flüchtlingen in Kommunen des Landkreises – Antrag der Fraktion AfD) wird zunächst begründet. Anschließend wird nach einer Aussprache von 3 Minuten über den Antrag abgestimmt.

TOP 16 (Beauftragung einer Untersuchung zur Fusion der Kreissparkassen Limburg und Weilburg – Antrag der Fraktion AfD) wird zunächst begründet. Anschließend wird nach einer Aussprache von 3 Minuten über den Antrag abgestimmt.

TOP 17 (Überprüfung des Containerstandortes Hadamar-Oberweyer und weitere Überlegungen zur menschlicheren Unterbringung im ehemaligen musischen Internat in Hadamar oder einem anderen besser geeigneten Standort innerhalb von Hadamar – Antrag der Gruppierung DIE LINKE) wird zunächst begründet. Anschließend wird nach einer Aussprache von 3 Minuten über den Antrag abgestimmt.

Die Anfragen wurden schriftlich beantwortet, den Fraktionsvorsitzenden, dem Gruppierungsvorsitzenden sowie Herrn Fries vorab per E-Mail zugesandt und zur Sitzung des Kreistages als Tischvorlage verteilt.

Herrn Bleul wird vor der Abstimmung über die Verfahrensvorschläge das Wort erteilt zum TOP 11. Er erklärt, dass die FW-Fraktion aufgrund der Ausführungen des Kreisausschusses in der Sitzung des Ältestenausschusses vom 28. April 2023 ihren Antrag zurückzieht, da mittlerweile die beantragten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation an der Grundschule Hausen in Gang gesetzt wurden. Somit ist die Gruppierung DIE LINKE alleiniger Antragsteller.

Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann ruft nun zur Abstimmung über die Verfahrensvorschläge des Ältestenausschusses auf.

Abstimmung:

Der Kreistag stimmt den o. g. Verfahrensvorschlägen für den Ablauf der heutigen Sitzung zu.			
Abstimmungsergebnis:	62 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

---

2. Berichte und Mitteilungen des Kreisausschusses

Herr Landrat Köberle berichtet dem Kreistag zu folgenden Themen:

Corona-Situation im Landkreis Limburg-Weilburg

Die Infektionszahlen sind seit dem Wegfall der Testpflichten und dem Ende der kostenlosen Bürgertestungen deutlich zurückgegangen und spiegeln sicherlich nicht mehr das aktuelle Infektionsgeschehen wider. Die Inzidenzzahl liegt relativ konstant bei etwa 10-20. Da der wöchentliche Bericht des Hessischen Landesamts für Gesundheit und Pflege die reale Situation nicht mehr abbilden kann, wurde von diesem nun die regelmäßige Berichterstattung eingestellt.

Nichtsdestotrotz ist das Gesundheitssystem sehr stark belastet, was nicht nur mit Corona zu tun hat, sondern auch mit der personellen Situation. An dem Thema ist man aber bereits dran. Es wurde im letzten Kreistag bereits darüber informiert, dass am 1. Februar 2023 eine Gesundheitskonferenz stattgefunden hat und die dort geschaffenen Arbeitsgruppen daran arbeiten, Verbesserungen für das Gesundheitssystem im Landkreis herbeizuführen.

Bericht zur Fluchtmigration im Landkreis Limburg-Weilburg

Die Themen Energiemangellage, Katstrophenschutz etc., die in der Vergangenheit aufgrund des Ukraine-Krieges eine große Rolle gespielt haben, sind zuletzt etwas in den Hintergrund getreten. Die Versorgung des Landkreises ist zurzeit nicht in Gefahr. Das Geschehen diesbezüglich wird fortwährend beobachtet und es werden weiterhin Maßnahmen eingeleitet und geprüft, um mögliche Krisenszenarien zu bewältigen.

Das Thema der Fluchtmigration insbesondere wegen des Ukraine-Krieges ist jedoch weiterhin von zentraler Bedeutung und eine der größten Herausforderungen für den Landkreis. Mit Stand 30. April 2023 sind im Landkreis Limburg-Weilburg insgesamt 3.875 Flüchtlinge registriert. Davon kommen ca. 2.800 aus der Ukraine. Jede Woche kommen nach aktuellem Stand im Durchschnitt etwa 33 Flüchtlinge hinzu. Im Jahr 2022 wurden insgesamt 3.101 Flüchtlinge aufgenommen. Im 1. Quartal 2023 wurden 424 Flüchtlinge aufgenommen. Das Aufnahme-SOLL für das 2. Quartal wird auf 432 Flüchtlinge prognostiziert. Die Gesamtauslastung der insgesamt etwa 90 Gemeinschaftsunterkünfte im Landkreis steigt stetig und liegt momentan bei knapp 80%. Es wird permanent daran gearbeitet, neue Unterkünfte zu suchen und aufzubauen.
Von den 8 Containerwohnanlagen, deren Beschaffung der Kreistag im Dezember 2022 zugestimmt hat, wurden 3 Stück von Städten und Gemeinden bislang beantragt. Diese sollen nach jetzigem Stand bis zum Herbst in Frickhofen, Oberweyer und Waldhausen errichtet werden.
Zudem wurden von der Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung (GAB) 2 Leichtbauhallen beschafft zur Errichtung eines Ankunftszentrums, sodass die Menschen dort 2-3 Monate zur Überbrückung untergebracht und von dort aus weiterverteilt werden können. Diese soll voraussichtlich auf dem Gelände des Abfallwirtschaftsbetriebes in Obertiefenbach, außerhalb des Deponiegeländes, errichtet werden. Hierzu befindet man sich u. a. noch in Gesprächen mit der Gemeinde. Eine vorherige Abfrage bei allen Städten und Gemeinden im Landkreis zur Meldung geeigneter Flächen verlief ergebnislos. Die zuvor eingeholten Gutachten wg. Lärm- und Geruchsbelastung aufgrund der Nähe zum Deponiegelände wurden positiv ausgewertet. Mit einer Fertigstellung und Belegung der Halle wird Mitte/Ende Juli geplant. Eine separate Erschließung wird hergerichtet. Der Betrieb der Anlage (Verwaltung 24/7, Soziale Betreuung, Sicherheit, Catering) wird ausgeschrieben. Für Kinder wird ein eigener Aufenthalts- und Spielbereich vorgesehen. Anfang Juni soll seitens der Gemeinde Beselich eine Bürgerinformation organisiert werden.
Der Kreisausschuss hat zudem Investitionskostenzuschüsse in Höhe der vom Land Hessen insgesamt bislang zugewiesenen Mittel von ca. 7,0 Mio. € für die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung von Flüchtlingen an die GAB beschlossen. Dies entspricht in etwa den bisher beauftragten Maßnahmen der GAB.
Wenn der Flüchtlingszustrom jedoch so bleibt, wie er sich momentan darstellt, wird man – wie schon im Jahr 2022 – nicht an Zuweisungen von Flüchtlingen an die Städte und Gemeinden vorbeikommen, mit denen man im ständigen Austausch steht.

Schreiben an den Bund und das Land Hessen zur Flüchtlingssituation

Der Landrat, der Erste Kreisbeigeordnete sowie die Bürgermeister des Landkreises haben mit Schreiben vom 14. Februar 2023 den Bund und das Land Hessen angeschrieben zur aktuellen Flüchtlingssituation mit der Bitte um Hilfe für die Kommunen zur Bewältigung dieser Aufgabe. Die Antwortschreiben vom Bund und vom Land Hessen sind beim Landkreis eingegangen und wurden dem Kreistagsvorsitzenden, den Fraktionsvorsitzenden, dem Gruppierungsvorsitzenden sowie Herrn Fries zugesandt. Aus den Antwortschreiben geht hervor, dass sie sich der besonderen Herausforderung bewusst sind. Zudem teilen sie mit, dass man bereits unterstütze und weiterhin prüfe, wie zusätzlich Hilfe erfolgen könne. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine gemeinschaftliche Aufgabe sei, der man sich gemeinsam stellen müsse.

Resolutionsantrag „ICE-Bahnhof Limburg Süd stärken“

Der Kreistag hat am 24. Februar 2023 beschlossen, eine Resolution zur Stärkung des ICE-Bahnhofs Limburg Süd an die Betroffenen zu richten. Hierzu sind Antworten vom Bund, vom Land Hessen sowie der Deutschen Bahn beim Landkreis eingegangen. Diese wurden dem Kreistagsvorsitzenden, den Fraktionsvorsitzenden, dem

Gruppierungsvorsitzenden sowie Herrn Fries zugesandt. Die beteiligten Akteure sehen die Bedeutung des Bahnhofs für die Region. Das Hauptproblem für Zugausfälle sei der Einsatz der wartungsintensiven ICE-3-Züge auf der Strecke zwischen Frankfurt und Köln, die nicht immer ausreichend verfügbar seien. Weiterhin wird erklärt, dass die neuen ICE-3neo-Züge die alten Züge ab diesem Jahr schrittweise ersetzen sollen. Zudem arbeite man intensiv an der Modernisierung der Infrastruktur und der Fahrzeuge, um die Verspätungsprobleme etc. zu beheben.

Schreiben an den Bund zu Höherstufung der B54 – Ortsumgehung Limburg-Diez im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung

Der Landkreis Limburg-Weilburg, die Stadt Limburg, die Stadt Diez, die Verbandsgemeinde Diez und der Rhein-Lahn-Kreis haben mit Datum vom 21. Februar 2023 ein Schreiben an den Bund gerichtet zur Höherstufung der Dringlichkeitsstufe des Projekts der B54 – Ortsumgehung Limburg-Diez. Hierzu ist die Antwort vom Bund beim Landkreis eingegangen. Diese wurde dem Kreistagsvorsitzenden, den Fraktionsvorsitzenden, dem Gruppierungsvorsitzenden sowie Herrn Fries zugesandt. Hieraus geht hervor, dass die gegenwärtig laufenden Untersuchungen zur Bedarfsplanüberprüfung (BPÜ) nicht für einzelne Maßnahmen erfolgen würden, sondern man die Gesamtentwicklung des Verkehrs betrachte (Schiene, Straße, Wasser). Dementsprechend erfolge im Rahmen der BPÜ auch keine Änderung der Dringlichkeitseinstufungen der Projekte. Die Untersuchung des BPÜ solle bis Ende 2023 abgeschlossen sein. Bis zu etwaigen Anpassungen durch den Gesetzgeber gelte der aktuelle Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen unverändert fort.

Digitales Sozialnetzwerk

Im Sozialausschuss wurde den Ausschussmitgliedern bereits das neue digitale Sozialnetzwerk vorgestellt. Dieses soll im Juni 2023 online gehen. Vorher gab es den Sozialbericht, der 10 Jahre gebraucht hat, bis vom Auftrags-Beschluss des Kreistages dann ein 200 Seiten-Werk vorlag, das zu diesem Zeitpunkt aber schon veraltet war. Das neue Sozialnetzwerk bietet einen Mehrwert, weil es aktueller ist und vor allem einfacher in der Zugänglichkeit und Nutzung.

Förderung Schwimmunterricht

Der Kreisausschuss wurde durch Beschluss des Kreistags vom 4. November 2022 gebeten zu prüfen, ob der Schwimmunterricht aus Sicht der Verwaltung sichergestellt ist bzw. wie dieser gefördert werden kann. Die Ergebnisse der Prüfung wurden im Ausschuss für Schule, Aus- und Weiterbildung sowie im Ausschuss für Soziales, Familien, Frauen, Senioren, Jugend, Gesundheit und Sport vorgestellt. Hier wurde jeweils festgehalten, dass der Prüfantrag für erledigt erklärt wird. Der Landkreis kommt seinen Verpflichtungen in Bezug auf das Angebot Schwimmunterricht vollumfänglich nach.

Zudem wird der Landkreis sich der Sanierung des Oranienbads in Diez anschließen aufgrund seiner Beteiligung an dem Bad. Da dieses u. a. auch für das Schulschwimmen genutzt wird, muss hier frühzeitig nach Alternativen gesucht werden. Der Landkreis wird auf jeden Fall genügend Flächen für den Schwimmunterricht zur Verfügung stellen.

Schülerzahlen des laufenden Schuljahres 2022/2023

Mit Beschluss des Kreistages Nr. 471 vom 27. Februar 2015 wurde festgelegt, dass jährlich aktualisierte Schülerzahlen vorzulegen sind. Ebenso sollen Veränderungen der Schülerzahlen im Hinblick auf die Zuwanderung dargestellt werden. Am 13. Februar 2023 erfolgte die Freigabe der Schüler- und Klassenstatistik

für allgemeinbildende Schulen und Schulen für Erwachsene durch das Land Hessen. In dieser sind die Schülerzahlen der Schulen das Landkreises Limburg-Weilburg zum Stichtag 1. November 2022 dargestellt. Eine Ausfertigung des Schülerzahlenheftes 2022/2023 inkl. der Darstellung der Schüler nicht deutscher Herkunftssprache wurde dem Kreistagsvorsitzenden, den Fraktionsvorsitzenden, dem Gruppierungsvorsitzenden sowie Herrn Fries als Tischvorlage ausgeteilt.

Kauf eines Sparkassenbriefs zum Nennbetrag von 10,0 Mio. € bei der Kreissparkasse Weilburg

Aufgrund der guten Liquiditätssituation des Landkreises hat dieser nach einer Markterkundung eine Festgeldanlage i. H. v. 10,0 Mio. € über eine Laufzeit von 9 Monaten bei der Kreissparkasse Weilburg angelegt. Die Mittel werden innerhalb des Anlagezeitraums zur Deckung von Auszahlungen des Finanzhaushaltes und zur Bildung einer Liquiditätsrücklage nicht benötigt. Mit denen über die Anlage erzielten Zinsen werden künftige Finanzierungskosten für zu erwartende Kreditaufnahmen sowie für anstehende Prolongationen ein Stück weit refinanziert.

Mehraufwand Personalkosten

Der neue Tarifabschluss für den Öffentlichen Dienst sowie die notwendigen Stellenmehrungen durch den letzten Nachtragsstellenplan führen zu einem Mehraufwand bei den Personalkosten von ca. 3,5 Mio. € im Jahr 2023. Einschließlich des Jahres 2024 werden ca. 5,0 Mio. € an Mehraufwendungen erwartet.

Controllingbericht Kernhaushalt und Beteiligungen zum 31. Dezember 2022

Der Controllingbericht zum 31. Dezember 2022 für den Kernhaushalt und die Beteiligungen wurde dem Kreistagsvorsitzenden, den Fraktionsvorsitzenden, dem Gruppierungsvorsitzenden sowie Herrn Fries als Tischvorlage ausgeteilt und ist auch im Gremienportal unter dem TOP 2 der heutigen Sitzung abrufbar. Einzelheiten hierzu können dem Bericht entnommen werden, auch zu den Beteiligungen.

Sachstandsbericht gemeinsamer Neubau Kreiskrankenhaus Weilburg mit der Vitos Weil-Lahn gGmbH

Aktuell ist man dabei den Förderantrag beim Hessischen Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) zu stellen. Danach wird das Vorhaben durch das HMSI mit den Krankenkassen abgestimmt und ist durch das HMSI bis spätestens Ende 2023 dem Bundesamt für soziale Sicherung (BAS) zur Prüfung und finalen Genehmigung vorzulegen. Erst das BAS erteilt eine rechtsverbindliche Förderzusage. Der aktuelle Sachstandsbericht mit weiteren Details ist dem Protokoll in der Anlage beigefügt.

Jahresbericht Patientenfürsprecher KKH Weilburg + Vitos Hadamar

Die Jahresberichte der Patientenfürsprecher von Frau Heß (Kreiskrankenhaus Weilburg) sowie Herrn Valentin (Vitos Hadamar) liegen vor. Nach der Corona-Pandemie konnten demnach wieder mehr persönliche Gespräche mit Patienten stattfinden. Über den weiteren Austausch und die Erfahrungen berichten Frau Heß und Herr Valentin in ihren jeweiligen Berichten. Diese wurden dem Kreistagsvorsitzenden, den Fraktionsvorsitzenden, dem Gruppierungsvorsitzenden sowie Herrn Fries als Tischvorlage ausgeteilt.

Beschlüsse des Kreisausschusses seit der letzten Kreistagssitzung

Zuletzt informiert Herr Landrat Köberle den Kreistag über die Beschlüsse des Kreisausschusses seit der letzten Kreistagssitzung. Dies waren im Einzelnen:

- Entlassung des Leitenden Notarztes (LNA) Dr. Peter Sahmer

- Förderung der Arbeit der Selbsthilfegruppen im Landkreis Limburg-Weilburg durch einen Zuschuss
- Überplanmäßige Auszahlungen für den Ausbau der K 511 zwischen Selters-Eisenbach und der L 3449 (freie Strecke) aufgrund des zwischenzeitlich vorliegenden Bodengutachtens in Höhe von 1,83 Mio. €
- Anschaffung eines Augmented Reality basierten Schweißtrainer für den Bereich Metall-, Elektro- und Steuerungstechnik für die Friedrich-Dessauer-Schule in Limburg
- Anschaffung einer CNC-Drehmaschine mit angetriebenen Werkzeugen und Roboteranbindung für die Friedrich-Dessauer-Schule in Limburg
- Auftragsvergabe für die Lieferung von warmen Mittagessen ohne Personalgestellung an die Grundschule Staffel für die Dauer von 2 Jahren mit zwei Verlängerungsoptionen von je einem Schuljahr
- Auszahlungen von Zuweisungen an die Städte und Gemeinden aus dem Förderprogramm „Zukunftsfonds Limburg-Weilburg Stark und Innovativ“
- Vorschlag der Mitglieder und Ersatzmitglieder für den Anstaltsbeirat der JVA Limburg

Nachfragen der Abgeordneten Schardt-Sauer und Horz zu den Berichten und Mitteilungen des Landrats werden von diesem beantwortet.

Herr Rühl betritt den Sitzungssaal und nimmt ab diesem Zeitpunkt an der Sitzung teil.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Sauer berichtet dem Kreistag zu folgenden Themen:

MBS Anlage Rennerod

Viele Fraktionen haben bereits das Angebot genutzt und die zur Hälfte im Besitz des Landkreises Limburg-Weilburg befindliche MBS-Anlage vor Ort besichtigt. Die Anlage in Rennerod ist nur eine von vier Mechanisch-Biologischen-Stabilisierungsanlagen in Deutschland. Es erweist sich als die richtige Entscheidung, die Anlage damals gekauft zu haben. Im Jahr 2022 erzielte die Beteiligungsgesellschaft im Jahresabschluss eine Punktlandung. Der Ausblick für 2023 wurde aufgrund der ungewissen Energiepreise vorsichtig kalkuliert, sodass im voraussichtlichen Ergebnis mit 1,0 Mio. € Überschuss kalkuliert werden kann. Dieser Überschuss wird in Investitionen fließen, u.a. in die Verbesserung der Trockenstabilatqualität – auch vor dem Hintergrund einer Diskussion einer Karbonisierung des Trockenstabilats. Die CO2-Abgabe steigt in Zukunft deutlich, sodass hier Gewinne erzielt werden können.

Weitere Bewerbung auf das Medizin-Stipendium des Landkreises in Aussicht

Derzeit steht die Kreisverwaltung in Kontakt mit einer Medizin-Studentin, welche sich sehr für das Stipendium des Landkreises interessiert. Die Studentin absolviert demnächst das Physikum. Kommt dieses Stipendium im Herbst zustande, wäre dies das dritte Stipendium seit Auflegung der Richtlinie im Jahr 2017. Die Chancen stehen gut, dass der Landkreis somit dann die dritte junge medizinstudierende Person langfristig an den Landkreis Limburg-Weilburg bindet.

Tag der Zahngesundheit am 29. März 2023

Der Tag der Zahngesundheit am 29. März 2023 war ein voller Erfolg. Rund 600 Kinder aus den ersten Klassen und Vorschulgruppen der Schulen und Kindergärten des Landkreises Limburg-Weilburg waren zu der vom Arbeitskreis Jugendzahnpflege und dem Zahnärztlichen Dienst des Gesundheitsamtes Limburg-Weilburg organisierten Veranstaltung gekommen. Die Kinder erlebten ein tolles Programm rund um das Thema „Zahngesundheit und Prophylaxe“ mit einem begehbaren Mundhöhlenmodell, Aktionstischen für zahngesunde Ernährung und Zahnpflege und vieles mehr. Ziel des Aktionstages ist es, möglichst viele Menschen über das Thema Mundgesundheit zu informieren und so Zahn-, Mund- und Kiefererkrankungen zu verhindern. Der Tag der Zahngesundheit stellt jedes Jahr eine andere Zielgruppe in den Fokus. Neben Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen können das auch Menschen sein, die eine Behinderung haben, pflegebedürftig sind oder zu einer sozioökonomischen Risikogruppe gehören.

Leader 2023-2027 – Erste Sitzung des Entscheidungsgremiums

Das Entscheidungsgremium der Leader Region 2023-2027 tagte erstmalig am 27. April 2023. Für das Regionalbudget sind bereits Anträge mit einem Gesamtvolumen von rund 120.000 € eingegangen. Insgesamt sieht das LEADER-Budget 1,368 Mio. € vor. Derzeit wartet man auf die Veröffentlichung im Staatsanzeiger am 22. Mai 2023, damit die Anträge priorisiert beschieden werden können.

Fördermittel für den Klimaschutz

Über die Arbeit des Klimaschutzmanagements wurde im Ausschuss für Umwelt, Energieversorgung, Klima und Landwirtschaft hinlänglich berichtet. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Klimaschutzmanagerin des Landkreises, Frau Nijssen, bislang 1,35 Mio. € an Fördergeldern in den Landkreis geholt hat. Hieraus ist ersichtlich, dass eine personelle Verstärkung im Bereich Klimaschutz notwendig und wichtig ist. Im Ausschuss für Umwelt, Energieversorgung, Klima und Landwirtschaft wurde bereits darüber berichtet, dass hier eine neue Stelle geschaffen wird. Die zusätzliche Stelle wurde bereits ausgeschrieben und das Bewerbungsverfahren läuft momentan.

Vernetzungstreffen - Landkreis „fairnetzt“ sich

Nach den eher kontaktarmen Corona-Jahren wurden alle Akteure, die im Bereich des Fairen Handels im Landkreis aktiv sind, zu einem Vernetzungstreffen am 24. April 2023 eingeladen. Mit dabei waren Ansprechpartner von Schulen, Kindergärten, Kommunen und dem Einzelhandel sowie als Referentin u. a. die Vorsitzende des Vereins Rhein Main Fair e. V. Die Ziele dieser gelungenen Veranstaltung waren es, sich kennen zu lernen, von anderen inspirieren zu lassen und gemeinsame Synergien zu entdecken. Der Austausch untereinander führte zu unterschiedlichsten Ideen, wie man den „fairen Gedanken“ und „faires Handeln“ weiter in den Alltag integrieren kann. Am Ende der Veranstaltung waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sicher, dass einige der Ideen gemeinsam weiterentwickelt werden und in den kommenden Wochen und Monaten konkrete Aktionen daraus entstehen werden.

Titelerneuerung „Fairtrade-Town“

Die Steuerungsgruppe Fairtrade Limburg-Weilburg freut sich sehr, dass die Zertifizierung als Fairtrade-Landkreis jüngst um zwei Jahre verlängert wurde. Erstmalig wurde der Landkreis im Jahr 2019 zertifiziert. Es handelt sich hierbei also um die zweite erfolgreiche Zertifizierung durch den Fairtrade Deutschland e. V.

Weltladentag 2023

Am 13. Mai 2023 findet der Weltladentag unter dem Motto "Mächtig FAIR" statt.

Sachstand kreisweites Radverkehrskonzept

In der Sitzung der Steuerungsgruppe am 25. April 2023 wurden erste Konzepte vom Planungsbüro vorgelegt. Insgesamt sind bei der 1. Bürgerbeteiligung 885 Einträge eingegangen. Das Planungsbüro hat nun anhand der Einträge aus der Bürgerbeteiligung und der Befahrungen vor Ort verschiedene Mängel festgestellt:

- Führungsform (Engstellen, Mischverkehr, Brücken, Beschilderung)
- Oberfläche (Matschstellen, Schlaglöcher, Wurzeln)
- Hindernisse (Poller, Drängelgitter)
- u.a.

Daraus werden Maßnahmenvorschläge erarbeitet, wie z.B. Zusatzbeschilderung, Oberflächenerneuerung, Geschwindigkeitsreduktion oder Markierungen. Außerdem wurde von dem Büro aus den Analysen und Befahrungen ein Zielnetz definiert, das stellenweise mit einem Übergangsnetz ergänzt wurde, falls Streckenabschnitte einen Neubau erfordern, der teilweise erst langfristig realisiert werden kann. Der Auftakt für die 2. Bürgerbeteiligung zu den Maßnahmen und dem Zielnetz ist am 11. Juli 2023 um 18:00 Uhr online. Die Bürgerbeteiligung läuft vom 11. Juli – 13. August 2023. Die Anmeldung erfolgt über die Projekthomepage: http://www.radfahren-limburg-weilburg.de/. Im Anschluss an die Bürgerbeteiligung und die Aufarbeitung soll dann den Gremien das Konzept zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

---

3. Bericht zum Frauenförder- und Gleichstellungsplan (VL-81/2023)

Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann weist darauf hin, dass der Bericht zum Frauenförder- und Gleichstellungsplan den Abgeordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen ist und erkundigt sich, ob hierzu Fragen bestehen. Dies ist nicht der Fall. Daher wird folgendes festgehalten:

Der Kreistag nimmt den Bericht zum Frauenförder- und Gleichstellungsplan (Berichtszeitraum 2019-2022) zur Kenntnis.

---

4. Neufassung des § 5 der Geschäftsordnung für den Kreistag und die Ausschüsse des Landkreises Limburg-Weilburg (VL-109/2023)

Zunächst berichtet Herr Dr. Schmidt als Ausschussvorsitzender des Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschusses zu den Ausschussberatungen zu diesem Punkt und gibt dessen Beschlussempfehlung bekannt. Anschließend ruft Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann zur Abstimmung auf.

Abstimmung:

1. Der Kreistag beschließt, die Regelung des § 5 der Geschäftsordnung für den Kreistag und die Ausschüsse des Landkreises Limburg-Weilburg vom 21. Juni 2013 neu zu fassen. Die Neufassung ergibt sich aus der beigefügten Anlage.
2. Der Kreistag beschließt weiter, die Neufassung der vorgenannten Regelung soll am Tag nach der Beschlussfassung in Kraft treten. Zugleich soll die bisherige Regelung in § 5 der Geschäftsordnung außer Kraft treten.
3. Der Vorsitzendes des Kreistags wird beauftragt, die Neufassung öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:	62 Ja-Stimmen	1 Nein-Stimme	0 Enthaltungen

---

5. Aufhebung des § 6 der Aufwandsentschädigungssatzung des Landkreises Limburg-Weilburg (VL-110/2023)

Zunächst berichtet Herr Dr. Schmidt als Ausschussvorsitzender des Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschusses zu den Ausschussberatungen zu diesem Punkt und gibt dessen Beschlussempfehlung bekannt. Anschließend ruft Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann zur Abstimmung auf.

Abstimmung:

1. Der Kreistag beschließt, die Regelung des § 6 der Aufwandsentschädigungssatzung vom 5. November 2021 aufzuheben und hierzu die in der Anlage beigefügte „Satzung zur Aufhebung des § 6 der Aufwandsentschädigungssatzung des Landkreises Limburg-Weilburg“ zu erlassen.
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Aufhebungssatzung öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:	61 Ja-Stimmen	2 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

---

6. Aufstellung von E-Ladesäulen auf kreiseigenen Stellplätzen (AT-9/2023)

Zunächst berichtet Herr Trottmann als Ausschussvorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Wirtschaft, Bau und Vekehr zu den Ausschussberatungen zu diesem Punkt. Anschließend ist eine Aussprache von 3 Minuten vorgesehen. Da jedoch keine Wortmeldungen vorliegen, hält Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann fest, dass der Kreistag den Bericht des Ausschusses zur Kenntnis nimmt.

---

7. Verlängerung des Radweges entlang der Kreisstraße K 498 von Ahlbach bis zur Kreisstraße 459 Hadamar nach Niederweyer (AT-3/2023)

Zunächst berichtet Herr Trottmann als Ausschussvorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Wirtschaft, Bau und Verkehr zu den Ausschussberatungen zu diesem Punkt. Der Bericht wird vom Kreistag zur Kenntnis genommen.

---

8. Stärkung der dualen Ausbildung im Landkreis Limburg-Weilburg (AT-14/2023)

Zunächst begründet Herr Wendel den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und SPD. Anschließend ruft Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann zur Abstimmung auf.

Abstimmung:

Der Kreistag des Landkreises Limburg-Weilburg unterstreicht die Wirksamkeit und Bedeutung von Maßnahmen, die die Attraktivität der dualen Ausbildung darstellen und jungen Menschen beim Einstieg in den Beruf helfen. Diesbezüglich ist die Berufseinstiegsbegleitung eine im Landkreis Limburg-Weilburg bereits sehr erfolgreich praktizierte Maßnahme. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss daher die Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung unter Berücksichtigung der Refinanzierungsanteile Dritter auch zukünftig sicherzustellen. Weiterhin wird mit dem sog. „Limburger Modell“ bereits eine frühzeitige Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler im Landkreis Limburg-Weilburg erfolgreich praktiziert.
Ergänzend und erweiternd bittet der Kreistag den Kreisausschuss gemeinsam mit Kooperationspartnern (insbesondere Industrie- und Handelskammer, Kreishandwerkerschaft, berufsbildende Schulen) Maßnahmen zu prüfen, die zusätzlich dabei helfen können, jungen Menschen die Attraktivität und die Chancen der dualen Ausbildung näher zu bringen. In diese Prüfung sollen die Modelle von Ausbildungsbotschaftern bzw. Ausbildungslotsen, genauso wie mögliche konkrete „Best-Practice-Beispiele“ aus der heimischen Wirtschaft einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:	63 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

---

9. Förderprogramm „Car-Sharing im Dorf“ (AT-10/2023)

Zunächst begründet Frau Föh-Harshman den Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN. Anschließend ruft Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann zur Abstimmung auf.

Abstimmung:

Der Kreisausschuss prüft die mögliche Einführung eines kreisweiten Förderprogrammes „Car-Sharing im Dorf“ für kommunale oder private Initiatoren mit dem Ziel, Hilfestellungen bei der Planung von Car-Sharing-Angeboten in den ländlichen Kommunen des Kreises zu leisten.
Dem Kreistag ist bis Ende des Jahres über die Ergebnisse der Prüfung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:	38 Ja-Stimmen	1 Nein-Stimme	2 Enthaltungen

(bei Nichtteilnahme von Teilen der Fraktionen von CDU, FDP und FW)

---

10. Bericht zur Arbeit des Arbeitskreises „Gewalt in der Familie“ (AT-11/2023)

Zunächst begründet Frau Geis den Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN. Anschließend ruft Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann zur Abstimmung auf.

Abstimmung:

Der Kreisausschuss wird gebeten, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien, Frauen, Senioren, Jugend, Gesundheit und Sport die Arbeit des Arbeitskreises „Gewalt in der Familie“ der Präventionskommission Limburg-Weilburg durch die Vorsitzende des Arbeitskreises, Frau Melanie Eriksson, vorstellen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:	63 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

---

11. Ganztagesbetreuung an der Grundschule Hausen sicherstellen (AT-19/2023)

Zunächst begründet Herr Pabst den Antrag der Gruppierung DIE LINKE. Herr Pabst erklärt in seiner Begründung, dass sich der zweite Punkt des Antrags bzgl. der Ertüchtigung der Klassenraumfenster aufgrund der Ausführungen des Kreisausschusses in der Sitzung des Ältestenausschusses vom 28. April 2023 erledigt hat. Der erste Punkt des Antrags betreffend das Zurverfügungstellen weiterer Räumlichkeiten wird aber weiter aufrechterhalten. Zur Aussprache äußern sich:
Herr Böcher (CDU-Fraktion),
Herr Uhl (SPD-Fraktion),
Herr Pabst (Gruppierung DIE LINKE) und
Herr Landrat Köberle
Anschließend ruft Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann zur Abstimmung auf.

Abstimmung:

Der Kreisausschuss wird gebeten, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass an der Grundschule in Hausen mindestens ein neuer Klassenraum entsteht oder der aktuelle Essenraum z.B. durch Verhandlungen mit der katholischen Kirche wieder als Klassenraum genutzt werden kann. Dazu müsste schnellstmöglich erreicht werden, dass im angrenzenden Pfarrsaal, eine „Mensa“ für die insgesamt über 40 Kinder beim Mittagessen geschaffen werden kann.

Abstimmungsergebnis:	1 Ja-Stimme	53 Nein-Stimmen	9 Enthaltungen

---

12. Sachstand Verbundschule Selters/Brechen

12.1 Verbundschule Selters und Brechen (AT-18/2023)

12.2 Sachstand Fusion der Schule im Emsbachtal mit der Mittelpunktschule Goldener Grund (AT-17/2023)

Zunächst begründet Herr Würz den Antrag der FW-Fraktion. Aufgrund der bereits ausgehändigten Tischvorlage an die Fraktionen / die Gruppierung DIE LINKE / Herrn Fries zu den Schülerzahlen für das Schuljahr 2022/2023, korrigiert Herr Würz den Antrag der FW-Fraktion dahingehend, dass diese Schülerzahlen nicht mehr vorgelegt werden müssten.

Anschließend begründet Herr Kress den Antrag der FDP-Fraktion. Danach begründet Herr Uhl den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD. Herr Bleul meldet sich daraufhin mit einem Antrag zur Geschäftsordnung zu Wort und bittet um eine Sitzungsunterbrechung von 5 Minuten, um sich mit seiner Fraktion zu beraten, da der Änderungsantrag den Fraktionen / der Gruppierung DIE LINKE / Herrn Fries vor der Sitzung noch nicht vorlag. Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann stimmt dem zu.

Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann unterbricht die Sitzung für 10 Minuten und verlässt seinen Platz.

Nachdem Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann seinen Platz wieder eingenommen hat, wird die Sitzung weiter fortgeführt. Zur nun anstehenden Aussprache zu den Anträgen äußern sich:
Herr Bleul (FW-Fraktion),
Herr Kress (FDP-Fraktion),
Herr Deuster (Fraktion B90/DIE GRÜNEN) und
Herr Böcher (CDU-Fraktion)

Herr Kress bringt in seinen Ausführungen einen Alternativvorschlag zum Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD ein.

1. Die Nicht-Öffentlichkeit der Sitzung des Ausschusses für Schule, Aus- und Weiterbildung, in der dieses Thema behandelt werden soll, wird gestrichen. Zudem wird ergänzt, dass der Ausschussvorsitzende die Nicht-Öffentlichkeit der Sitzung herstellt, wenn personenbezogene oder datenschutzrelevante Themen angesprochen werden.
2. In einer weiteren Sitzung des Ausschusses für Schule, Aus- und Weiterbildung werden Lehrer-, Eltern- und Schülervertreter eingeladen, um sich über die Situation an den Schulen auszutauschen.

Herr Böcher erklärt in seinen Ausführungen, dass man einer Behandlung des Themas in zwei Sitzungen des Ausschusses zustimmt und schlägt wiederum folgendes Verfahren vor:

1. Der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD wird so beschlossen und zunächst in einer ersten nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Aus- und Weiterbildung der Schulleiter der Verbundschule sowie das Staatliche Schulamt eingeladen und die Fragestellungen aus den Anträgen / die damals gefassten Begleitbeschlüsse behandelt.

2. In einer zweiten öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Aus- und Weiterbildung werden Lehrer-, Eltern- und Schülervertreter eingeladen, um sich über die Situation an den Schulen auszutauschen.

Anschließend ruft Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann zu folgender Abstimmung über den weitergehenden Änderungsantrag auf.

Abstimmung:

1. Zu der unter TOP 12 beschriebenen Thematik zur Verbundschule Selters/Brechen wird zu allen Fragestellungen der beiden Anträge der FW-Fraktion sowie der FDP-Fraktion im Ausschuss für Schule, Aus- und Weiterbildung berichtet. Der Ausschuss tagt zu dieser Thematik in einer nichtöffentlichen Sitzung unter Beachtung des § 25 HGO und als Gäste werden der Schulleiter und ein Vertreter des Staatlichen Schulamtes eingeladen.
2. In einer zweiten öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Aus- und Weiterbildung werden Lehrer-, Eltern- und Schülervertreter eingeladen, um sich über die Situation an den Schulen auszutauschen.

Abstimmungsergebnis:	63 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Der weitergehende Änderungsantrag wurde somit angenommen. Eine Abstimmung über die anderen Anträge findet daher gem. § 28 Abs. 10 der Geschäftsordnung nicht mehr statt.

---

13. Förderung der Kindergesundheit durch kostenfreie Verpflegung (Mittagessen) für bedürftige Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen (AT-15/2023)

Zunächst begründet Frau Hoppe den Antrag der FDP-Fraktion. Zur Aussprache äußern sich:
Herr Dr. Schmidt (SPD-Fraktion) und
Herr Landrat Köberle
Anschließend ruft Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann zur Abstimmung auf.

Abstimmung:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, ob eine Möglichkeit besteht, finanzielle Mittel aus dem Sozialfond des Landeskreises Limburg-Weilburg zur Verfügung zu stellen, um bedürftigen Kindern und Jugendlichen, die bisher noch nicht durch Leistungen unterstützt werden, eine kostenfreie Verpflegung (Mittagessen) in Kindertagesseinrichtungen und Schulen – zum Wohle der Kindergesundheit – zu ermöglichen.
Dazu sollen auch bei den Trägern von Kindertagesstätten Informationen eingeholt werden, ob es bedürftige Kinder gibt, die der Landkreis durch seine Stiftung frühzeitig fördern kann.
Weiterhin soll geprüft werden, ob in Kinderbetreuungseinrichtungen im Landkreis nochmals auf verschiedene Fördermöglichkeiten (zur Erlangung eines kostenlosen Mittagessens), wie auch die Kindersozialstiftung des Kreises, aufmerksam gemacht werden kann.

Abstimmungsergebnis:	4 Ja-Stimmen	57 Nein-Stimmen	2 Enthaltungen

---

14. Aktives Management der Wolfspopulation (AT-16/2023)

Zunächst begründet Frau Schardt-Sauer den Antrag der FDP-Fraktion. Anschließend begründet Herr Grän den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD. Zur Aussprache äußern sich:
Herr Bleul (FW-Fraktion),
Frau Schardt-Sauer (FDP-Fraktion),
Frau Weyrich (Fraktion B90/DIE GRÜNEN),
Herr Hofmeister (CDU-Fraktion),
Herr Ehtemai (AfD-Fraktion) und
Herr Jung (SPD-Fraktion)

Herr Bleul und Herr Dr. Zabel melden sich bei Herrn Kreistagsvorsitzenden Veyhelmann für die restliche Sitzungszeit ab und verlassen den Sitzungsraum.

Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann ruft nun zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag auf.

Abstimmung:

1. Der Kreistag des Landkreises Limburg-Weilburg beauftragt den Kreisausschuss zu prüfen, mit welchen Maßnahmen, die in der Zuständigkeit des Landkreises Limburg-Weilburg liegen, der zunehmenden Ansiedlung von Wölfen in der Region im Hinblick auf Schutz, aber auch Aufklärung, begegnet werden kann. Der zu erarbeitende Maßnahmenkatalog sollte folgende Problemstellungen beinhalten:
   a) Implementierung eines einfachen und zielgerichteten Meldesystems, mit dem Wolfssichtungen zuverlässig an die zuständige Stelle im Amt für den Ländlichen Raum, Umwelt, Veterinärwesen und Verbraucherschutz gemeldet werden können.
   b) Die Bevölkerung sollte auf die im Wolfszentrum Hessen eingeführten „Meldebogen Wolf-Sichtbeobachtungen“ hingewiesen werden.
   c) Es sollte ein ständiger Kontakt und informeller Austausch zwischen Landkreis und zuständigem Wolfszentrum Hessen in Gießen implementiert werden.
   d) In Zusammenarbeit mit dem Land Erarbeitung eines Informationskonzepts, mit dem die Bevölkerung im Allgemeinen sowie Landwirte und Weide- sowie Nutztierhalter im Besonderen bei Nachweisen oder Verdachtsfällen zu Wolfssichtungen und Sesshaftwerdung von Einzeltieren sowie Wolfsrudeln informiert werden.
   Das Informationskonzept sollte neben Hinweisen auf Präventions- und Schutzkonzepte (Herdenschutzmaßnahmen) und Hinweise auf finanzielle Zuwendungen für Investitionen und zur Deckung laufender Betriebsausgaben zum Schutz vor Schäden an landwirtschaftlichen

Nutztierhaltungen sowie Entschädigungszahlungen bei Nutztierverlusten durch Wolfsrisse (Weidetierprämie), auch Verhaltensempfehlungen für Waldspaziergänger, Jogger und Waldkindergärten enthalten.

2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, bei den übergeordneten und zuständigen Ebenen auf eine Änderung des Jagdrechts hinzuwirken, um den Wolfsbestand – falls erforderlich – regulieren zu können. Dabei sollte einerseits dem Schutz der Tierart Wolf, andererseits aber auch einer angemessenen Begrenzung der Population entsprechend dem umgebenden Habitat Rechnung getragen werden.
3. Über das Ergebnis und über fortlaufende Entwicklungen soll im Ausschuss für Umwelt, Energieversorgung, Klima und Landwirtschaft berichtet werden.

Abstimmungsergebnis:	50 Ja-Stimmen	5 Nein-Stimmen	6 Enthaltungen

Der Änderungsantrag ist somit angenommen. Eine Abstimmung über den Hauptantrag findet daher gem. § 28 Abs. 10 der Geschäftsordnung nicht mehr statt.

---

15. Infoabende zur Aufnahme von Flüchtlingen in Kommunen des Landkreises (AT-12/2023)

Zunächst begründet Herr Maurer den Antrag der AfD-Fraktion. Zur Aussprache äußern sich:
Herr Landrat Köberle,
Herr Dr. Schmidt (SPD-Fraktion),
Herr Würz (FW-Fraktion) und
Herr Ehtemai (AfD-Fraktion)
Anschließend ruft Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann zur Abstimmung auf.

Abstimmung:

Der Kreistag regt an, der Kreisausschuss möge Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen des Landkreises, in denen neue Flüchtlingsunterkünfte entstehen bzw. Aufnahmekapazitäten erhöht werden sollen, vor den entsprechenden vertraglichen Vereinbarungen zu Bürgerinformationsabenden einladen.
Hier sollte den Bürgerinnen und Bürgern zu den geplanten Erhöhungen der Aufnahmekapazitäten der Asylbewerberunterkünfte Informationen über die Planungen zuteilwerden.
Bei den Infoveranstaltungen sollen die Zahlen der aufzunehmenden Personen den Bürgern in relativer Zahl sowie in absoluter Zahl zur jeweiligen Kommune angegeben werden.
Auch könnten hierbei für die Bürgerinnen und Bürger wichtige Fragen und Anliegen diesbezüglich beantwortet werden.
Zu den Infoabenden sollten auch die jeweiligen Bürgermeister eingeladen werden.

Abstimmungsergebnis:	5 Ja-Stimmen	56 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

---

Herr Nießler meldet sich für die Beratung und Abstimmung zum folgenden TOP 16 bei Herrn Kreistagsvorsitzenden Veyhelmann ab und verlässt den Sitzungsraum.

---

16. Beauftragung einer Untersuchung zur Fusion der Kreissparkassen Limburg und Weilburg **(AT-13/2023)**

Zunächst begründet Herr Ehtemai den Antrag der AfD-Fraktion. Zur Aussprache äußern sich:
Herr Landrat Köberle,
Herr Wendel (CDU-Fraktion),
Herr Dr. Valeske (FDP-Fraktion),
Herr Maurer (AfD-Fraktion),
Herr Dr. Schmidt (SPD-Fraktion) und
Herr Würz (FW-Fraktion)

Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann ruft nun zur Abstimmung auf.

Abstimmung:

Der Kreistag des Landkreises Limburg-Weilburg beauftragt den Kreisausschuss, eine Untersuchung durch ein qualifiziertes Beratungsunternehmen mit dem Ziel des Zusammenschlusses der Kreissparkassen Limburg und Weilburg in Auftrag zu geben. Diese Untersuchung soll die Chancen und Risiken einer Fusion aufzeigen und einen Weg darstellen, wie eine Fusion erfolgreich umgesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:	5 Ja-Stimmen	54 Nein-Stimmen	1 Enthaltung

---

Nach der Abstimmung betritt Herr Nießler wieder den Sitzungssaal und nimmt an der weiteren Sitzung teil.

---

17. Überprüfung des Containerstandortes Hadamar-Oberweyer und weitere Überlegungen zur menschlicheren Unterbringung im ehemaligen musischen Internat in Hadamar oder einem anderen besser geeigneten Standort innerhalb von Hadamar **(AT-20/2023)**

Zunächst begründet Herr Pabst den Antrag der Gruppierung DIE LINKE. Zur Aussprache äußern sich:
Herr Ruoff (CDU-Fraktion),
Herr Ehtemai (AfD-Fraktion),
Frau Föh-Harshman (Fraktion B90/DIE GRÜNEN) und
Herr Horz (FW-Fraktion)
Anschließend ruft Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann zur Abstimmung auf.

Abstimmung:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass bei der Containeraufstellung zur Unterbringung von rund 60 Geflüchteten im Hadamarer Stadtteil Oberweyer eine verträglichere Situation mit entsprechender Konzeption geschaffen und bestenfalls mit der Katholischen Kirche über eine Unterbringung im ehemaligen musischen Internat in Hadamar (Konvikt) verhandelt wird.

Abstimmungsergebnis:	1 Ja-Stimmen	60 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

---

Herr Höfner meldet sich bei Herrn Kreistagsvorsitzenden Veyhelmann für die restliche Sitzungszeit ab und verlässt den Sitzungsraum.

---

18. Anfrage zur Geburten- Zuzugsentwicklung im Kreis und den daraus resultierenden Anforderungen für die Entwicklung der Grundschulen (AF-11/2023)

Die nachfolgende Anfrage der Fraktion B90/DIE GRÜNEN wurde seitens des Kreisausschusses beantwortet.

Anfrage:

1. Gibt es eine aktuelle Statistik über die Geburten- / Zuzugsentwicklung seit 2017 in den einzelnen Grundschulbezirken?
2. Falls ja, für welche Grundschulen sind daraus resultierend Veränderungen in der Anzahl der Klassen erwartbar?
3. Werden bei der derzeitigen Planung in diesen Schulen ausreichend Räumlichkeiten, geschaffen, um den steigenden Bedarf zu decken? Wo müsste gegebenenfalls Ersatz durch Anbau oder Container bzw. Änderung der Schulbezirke geleistet werden?

Antwort:

Zu 1.

Die Kreisverwaltung erstellt seit vielen Jahren für den internen Gebrauch eine „Schulstatistik“ für den Bereich der Grundschulen unter Berücksichtigung der Schulbezirke. Die Statistik basiert jeweils auf den Geburtenzahlen der vergangenen sechs Jahrgänge. Auf der Grundlage dieser Zahlen wird für jede Grundschule des Landkreises Limburg-Weilburg eine Schülerzahlenprognose erstellt. Da die statistischen Angaben in jedem Jahr für die letzten sechs Geburtenjahrgänge erhoben und verarbeitet werden, erfolgt hierdurch eine schuljährliche Aktualisierung der Schülerzahlenprognose und indirekt auch eine Erfassung von Zu- und Wegzügen.

Zu 2.

Die Schülerzahlenprognosen aller Grundschulen werden, wie in der Antwort zu Frage 1 beschrieben, schuljährlich erstellt und aktualisiert. Sofern sich Veränderungen der Klassenzahlen abzeichnen, werden diese gemeinsam mit den jeweiligen Schulen überprüft und erörtert. Sollte sich im Einzelfall ein baulicher Bedarf abzeichnen, wird dieser in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Schulen, dem Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft (EGW) und dem Amt

für Finanzen und Organisation der Kreisverwaltung konkret ermittelt und beziffert. Die Ergebnisse fließen dann über den Kreisausschuss und die Betriebskommission des EGW in die Wirtschaftspläne des EGW ein, auf die wir an dieser Stelle verweisen. Im Wirtschaftsplan des EGW sind die Projekte einzeln aufgeführt und dezidiert begründet. Im Zuge der Beratungen des jeweiligen Wirtschaftsplans, der auch Bestandteil der jeweiligen Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für den Landkreis Limburg-Weilburg ist, entscheidet im Ergebnis also der Kreistag über die Umsetzung von Maßnahmen. Im Wirtschaftsplan 2022 des EGW ist z. B. eine Erweiterung der Erich-Kästner-Schule in Limburg, der Neubau eines Klassenraums für die Grundschule am Elbbach am Standort in Hadamar-Niederzeuzheim oder die Entwicklungsplanung für die Freiherr-vom-Stein Schule in Dauborn erfasst. Am 16. Dezember 2022 wurde vom Kreistag der Wirtschaftsplan 2023 für den EGW beschlossen. Darin sind neben zahlreichen Sanierungsmaßnahmen z. B. ein Anbau an der Grundschule in Limburg-Offheim, die Fertigstellung des Erweiterungsbaus an der Schule auf dem Falkenflug in Löhnberg und auch die Maßnahme „Neubau Erweiterung der Grund- und Mittelstufe Freiherr-vom-Stein-Schule Dauborn“ vorgesehen.

Zu 3.
Zum Verfahren und zu Einzelmaßnahmen verweisen wir zunächst auf die Antwort zu Frage 2. Zudem werden gegenwärtig alle Grundschulstandorte des Landkreises vor dem Hintergrund der Einführung eines aufbauenden Rechtsanspruchs auf einen Platz in der Grundschulbetreuung ab dem Schuljahr 2026/27 besonders intensiv betrachtet. Dies schließt allgemeine Veränderungen (z. B. die Entwicklung von Schüler*innen-Zahlen) als auch Bedarfe durch Betreuungs- bzw. Verpflegungs-Räume ein. Am 16. September 2022 hatte sich auch der Kreistag mit der Thematik befasst und beschlossen, eine Vorlage des Kreisausschusses zur „Festlegung von Standards und Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Förderung von Kindern im Grundschulalter ab dem Schuljahr 2026/2027“ zusammen mit dem zur Sitzung vorgelegten Änderungsantrag der Gruppierung DIE LINKE zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Schule, Aus- und Weiterbildung sowie in den Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschuss (federführend) zu verweisen. Der Ausschuss für Schule, Aus- und Weiterbildung des Landkreises Limburg-Weilburg hat sich am 17. Oktober 2022 mit den Vorschlägen befasst und den Kreisausschuss um „tabellarische Erstellung der Bestandserhebung und Zielplanung“ gebeten. Der Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschuss hat sich am 31. Oktober 2022 mit den Vorschlägen und den Änderungsanträgen der Gruppierung DIE LINKE befasst und beschlossen, dass „eine Übersicht der an den jeweiligen Standorten geplanten Maßnahmen zu erstellen und zur Beratung vorzulegen ist“. Nach Maßgabe der Beschlüsse der beiden Ausschüsse wird der Kreisausschuss im Haushalt ein Konzept vorlegen, in dem Ausführungen zu künftig notwendigen Maßnahmen gemacht werden.

---

19. Unterbringung von Flüchtlingen (AF-10/2023)

Die nachfolgende Anfrage der FDP-Fraktion wurde seitens des Kreisausschusses beantwortet.

Anfrage:

1. Wie viele geeignete Standorte wurden bisher dem Kreis definitiv gemeldet?
2. Wie viele Container werden auf diesen Standorten aufgestellt?
3. Wie viele Personen können dort untergebracht werden?
4. Welche Anforderungen stellt der Kreis an die Kommunen?

a. Wird eine Mindestgröße der Grundstücke gefordert?
b. Müssen alle Kommunen Flächen zur Verfügung stellen?
c. Nach welcher Priorität werden diese Flächen genutzt?

5. Was ist mit den Kommunen, die sich nicht in der Lage sehen, Flächen zur Verfügung zu stellen? Werden diesen Kommunen Personen zugewiesen? Ist dies bereits erfolgt?
6. Wie viele Kommunen haben bereits auf eigene Kosten Container gekauft oder wollen dies tun?

Antwort:

Zu 1.

Von den bisher mitgeteilten Flächen für Container-Wohnanlagen wurden auf der Basis einer ersten Sichtung und Einschätzung durch den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft (EGW), den Fachdienst Bauen und Naturschutz des Amtes für Öffentliche Ordnung, das Sozialamt und der Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung (GAB) mittlerweile vier Flächen (Dornburg-Frickhofen, Hadamar-Oberweyer, Weilburg-Waldhausen und Weinbach) als potentiell geeignet eingestuft.

Zu 2.

Auf den oben genannten Flächen sind Container-Wohnanlagen mit einer Gesamtkapazität von jeweils 60 Personen in zwei parallel oder doppelstöckig errichteten Wohneinheiten vorgesehen.
Die Container-Wohnanlage besteht insgesamt regelmäßig aus 44 Einzelcontainern (30 Wohncontainer sowie weitere Sanitär- und Gemeinschaftscontainer).

Zu 3.

Siehe Antwort zur Frage 2.

Zu 4.

Zu a.

Im Regelfall wird eine Fläche von 3.000 m2 benötigt. Bei einer doppelstöckigen Erbauung reicht eine Fläche von rd. 2.000 m2.

Zu b.

Die Frage impliziert eine Verpflichtung der Kommunen, die nicht existiert.
Die Möglichkeit, entsprechende Flächen an den Kreis zu übermitteln, stellt ein Angebot dar, um eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge kreisseitig aufstellen und durch die GAB betreiben zu können. Mit diesem Entgegenkommen verfolgt der Kreis das Ziel, die Zuweisung der Menschen direkt an die Städte/Gemeinden und damit zum Beispiel Notunterbringungen oder die Belegung von Sporthallen oder Mehrzweckhäusern so lange wie möglich vermeiden zu können.
Sofern die Städte und Gemeinden keine ausreichenden Flächen übermitteln und darüber hinaus keine weiteren Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, bleibt letztlich nur die Weiterverteilung der vom Regierungspräsidium Darmstadt zugewiesenen Flüchtlinge unmittelbar an die Städte und Gemeinden, die dann nach dem Landesaufnahmegesetz ihrerseits die Unterbindung sicherstellen müssten.
Alle Städte und Gemeinden im Kreisgebiet wurden über dieses Angebot informiert und gebeten, geeignete Flächen zu melden.

Zu c.

Grundsätzlich sollen alle realisierungsfähigen Flächen und Container-Wohnanlagen umgesetzt werden. Städte/Gemeinden mit einer Unterrepräsentanz sind priorisiert zu behandeln. In diesem Zusammenhang ist auch darauf zu achten, inwiefern und wie schnell sich Container-Wohnanlagen vor Ort aus bau- und planungsrechtlichen Gründen realisieren lassen. Insofern kann dieser Faktor auch maßgeblich sein.

Zu 5.

Siehe tw. Antwort zur Frage 4b. Gemeldete Flächen und damit realisierte Unterbringungsplätze werden dem Zuweisungskontingent der jeweiligen Stadt/Gemeinde angerechnet. Dies wird dazu führen, dass sich – im Falle sodann belegter Gemeinschaftsunterkünfte – etwaige Zuweisungen an die Stadt/Gemeinde reduzieren werden. Im Zeitraum April bis August 2022 wurden zuletzt Flüchtlinge an die Städte und Gemeinden zugewiesen. Aktuell findet keine Zuweisung an Städte und Gemeinden statt.

Zu 6.

Dazu kann von Seiten des Sozialamtes keine Aussage getroffen werden.

Herr Kress meldet sich mit der Frage zu Wort, ob der Kreisausschuss nicht mehr Informationen zur Beantwortung der Frage 6 geben könne.

Herr Landrat Köberle antwortet, dass man nicht von allen Städten Gemeinden Infos hierzu habe und die Frage deshalb nicht beantworten könne. Zudem wies er nochmals auf die Container-Wohnanlagen vom Landkreis hin, von denen bislang nur 3 von 8 Stück von den Städten und Gemeinden angefragt wurden. Hier gebe es also noch entsprechende Möglichkeiten für die Kommunen, diese zu beantragen / nutzen.

Nachdem keine weiteren Fragen mehr vorliegen, schließt Herr Kreistagsvorsitzender Veyhelmann die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg um 12:29 Uhr.

gez. Joachim Veyhelmann
Kreistagsvorsitzender

gez. Thorsten Leber
Schriftführer

gesehen:
gez. Michael Köberle
Landrat

Sachstandsbericht

Neubau des Kreiskrankenhauses Weilburg mit der Vitos Weil-Lahn gGmbH

23. MAI

LANDKREIS
LIMBURG-WEILBURG
Meine starke Heimat

Sachstandsbericht

Neubau des Kreiskrankenhauses Weilburg mit der Vitos Weil-Lahn gGmbH

Meilensteine:

• **Vorlage an den Kreistag**	**spätestens bis Dezember 2022**
• **Fördermittelantrag beim Ministerium**	**bis Ende 2022**

Sachstand: Bau- und Finanzierungsvorlage

Raum- und Funktionsprogramm

Das Raum- und Funktionsprogramm ist zwischenzeitlich erstellt. Aktuell finden letzte Detailabstimmungen hinsichtlich der Aufteilung der Flächen (Vitos, KKH, gemeinsam genutzt) statt. Insgesamt enthält der neue Gebäudekörper eine Nutzfläche von mehr als 20.000 m².

Entwurfsplanung und Kostenschätzung

nach DIN 276 durch externen Architekten

Der Zielplanungsentwurf wurde durch das Büro Kirschner und Partner (Heringen, Werra) zwischenzeitlich erstellt und ist Bestandteil des Fördermittelantrags. Die in der Studie enthaltene Kostenschätzung für das Gesamtgebäude (239 Mio. €) bietet Möglichkeiten zur Kostenreduktion. Dabei ist ohnehin zu beachten, dass der nun vorgelegte Entwurf und damit auch die Kostenschätzung sicherlich nicht dem entspricht, was später gebaut werden wird. Dies hängt damit zusammen, dass im weiteren Verlauf voraussichtlich ein Architektenwettbewerb für das neue Gebäude stattfinden wird. Die Kostenschätzung beinhaltet nicht den erforderlichen Bau eines Parkhauses.
Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass die Machbarkeitsstudie lediglich die grundsätzliche Prüfung der Umsetzung des geplanten Vorhabens zum Inhalt hat. Im Ergebnis kommt diese zu dem Schluss, dass dies gegeben ist.

Sachstand: Abschluss eines Kooperationsvertrages zwischen der Vitos Weil-Lahn gGmbH und der Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH

Der Kooperationsvertrag befindet sich hinsichtlich der Verhandlung der noch offenen Punkte in der Endphase. Das Vertragswerk muss spätestens bei der Weiterleitung des Fördermittelantrags an das BAS in unterschriebener Form vorliegen.
Die eigentumsrechtlichen Fragestellungen sowie die spätere Kostenverteilung bzw. Weiterberechnung von Leistungen werden nicht im Kooperationsvertrag sondern separat geregelt.

Finanzierungsvereinbarung zwischen der Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH und dem Landkreis Limburg-Weilburg

Die Vorlage ist erst nach Vorliegen der Investitionskosten und der entsprechenden Förderung möglich.

Die zur Vorbereitung des Gesamtvorhabens angefallenen Kosten (zum Beispiel für die Erstellung des Raum- und Funktionsprogramm, die Machbarkeitsstudie, Gutachten sowie rechtliche Beratung) werden ergebnisneutral auf „Anlagen im Bau“ gebucht. Aktuell sind dies im Wesentlichen die anteiligen Kosten der Machbarkeitsstudie (50 T€), die Kosten für Rechtsberatung (ca. 20 T€) sowie die Kosten für die Unterstützung bei der Erstellung des Raum-/Funktionsprogramm (ca. 100 T€).

Zeitplan

Eine gemeinsame Videokonferenz mit dem HMSI und den Vertretern der Krankenkassen fand am 15.2.23 statt. Hier wurde das Projekt noch einmal detailliert vorgestellt und Fragen beantwortet bzw. Anregungen aufgenommen. Das Feedback des Ministeriums sowie der Krankenkassen war sehr positiv.

Der Förderantrag beim HMSI wird voraussichtlich Ende April 2023 gestellt.

Danach wird das Vorhaben durch das HMSI mit den Krankenkassen abgestimmt und ist durch das HMSI bis spätestens Ende 2023 dem Bundesamt für soziale Sicherung (BAS) zur Prüfung und finalen Genehmigung vorzulegen. Erst das BAS erteilt eine rechtsverbindliche Förderzusage.

Bemerkungen

Die im Rahmen der Machbarkeitsstudie vorgeschlagene Gebäudestruktur wird vom Kreiskrankenhaus nicht favorisiert nachdem eine ähnliche Klinik (vom gleichen Architekten errichtet) vor Ort besichtigt wurde.
Präferiert wird daher inzwischen ein **Architektenwettbewerb**, um auch andere Lösungsmöglichkeiten für die bauliche Umsetzung zu erhalten. Mit Vitos ist diese Thematik noch nicht final abgestimmt.
Grundsätzlich ist aufgrund der geltenden Wertgrenzen davon auszugehen, dass (fast) alle Leistungen europaweit ausgeschrieben werden müssen. Aufgrund der Gesamtkomplexität des Vorhabens ist insbesondere beim Architekten zwingend darauf zu achten, dass dieser über weitreichende Erfahrungen beim Neubau kompletter Krankenhäuser hat.
Aktuell wird das Thema der **eigentumsrechtlichen Aufteilung** des Gebäudes besprochen. Die WEG scheint hierfür eine mögliche Umsetzungsform zu sein. Bereits heute ist absehbar, dass das Grundstück des Krankenhauses (im rechtlichen Eigentum des Landkreises) dazu geteilt werden sollte. Dies ist jedoch erst dann erforderlich, wenn eine finale Planung des zu errichtenden Gebäudes besteht.
Weiterhin ist das Thema der **Speiseversorgung** zu entscheiden. Hier gibt es Überlegungen, den Bereich der Belieferung von externen Dritten (z.B. Kitas, Schulen

Änderungsantrag von CDU und SPD

zu TOP 12.1 und TOP 12.2

Beschlussvorschlag

Die unter TOP 12 beschriebene Thematik zur Verbundschule Selters/Brechen wird mit allen Fragestellungen in den Ausschuss „Schule, Aus- und Weiterbildung" verwiesen. Der Ausschuss tagt zu dieser Thematik in einer nicht öffentlichen Sitzung unter Beachtung des §25 der HGO und als Gäste werden der Schulleiter und ein Vertreter des Staatlichen Schulamtes eingeladen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Für die SPD-Fraktion

Dr. Frank Schmidt
Fraktionsvorsitzender

Für die CDU-Fraktion

Christian Wendel
Fraktionsvorsitzender